

<https://www.amnesty.org/es/latest/news/2023/12/venezuela-nuevos-ataques-contra-el-espacio-civico-confirman-el-anunciado-recrudescimiento-de-la-politica-de-represion-del-gobierno/>

Pressemitteilung 08.12.2023

Venezuela: Neue Angriffe auf die Zivilgesellschaft bestätigen die bereits angekündigte Verschärfung der Repressionspolitik der Regierung

Angesichts der Haftbefehle gegen Kritiker und Gegner der venezolanischen Regierung und der am 6. Dezember 2023 bekannt gewordenen Verhaftung und des Verschwindenlassens von Roberto Abdul erklärte Ana Piquer, Amerika-Direktorin bei Amnesty International:

"Die Repressionsstrukturen der Regierung von Nicolás Maduro in Venezuela sind nach wie vor intakt, ebenso wie ihr selektiver Einsatz, um Stimmen zum Schweigen zu bringen, die für sie unbequem sind. Die Ankündigung des venezolanischen Generalstaatsanwalts Tarek William Saab, Haftbefehle gegen eine Reihe von regierungskritischen Personen zu erlassen, bestätigt nur die Verschärfung der Repression, vor der die venezolanische und internationale Zivilgesellschaft seit Monaten warnt. Einer dieser Personen, Roberto Abdul, wurde bereits am 6. Dezember verhaftet, und sein Aufenthaltsort ist unbekannt".

"Wir erinnern die venezolanischen Behörden daran, dass es sich in dieser Situation um ein erzwungenes Verschwindenlassen handeln könnte, das von der Staatsanwaltschaft des Internationalen Strafgerichtshofs untersucht werden könnte. Wir fügen unsere Sorge um Henry Alvarez, Claudia Macero und Pedro Urruchurtu hinzu, die möglicherweise Opfer von willkürlicher Inhaftierung und anderen Verbrechen nach internationalem Recht sind, einschließlich Folter und anderer Misshandlungen, die von Amnesty International und der UN-Ermittlungsmission umfassend dokumentiert und angeprangert wurden".

"Wir fordern die internationale Gemeinschaft auf, ihre Unterstützung für den zivilen Raum in Venezuela zu verstärken, den Druck auf die venezolanischen Behörden aufrechtzuerhalten, um ein sofortiges Ende der Repressionspolitik sicherzustellen, und sich ihren Bemühungen um die sofortige und bedingungslose Freilassung aller willkürlich aus politischen Gründen inhaftierten Personen anzuschließen."

Für weitere Informationen oder Interviewanfragen wenden Sie sich bitte an Carlos Mendoza: +52 1 55 4145 7003, carlos.mendoza@amnesty.org